

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Martin Zeil, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/7735 –**

### **Privatisierung öffentlicher Aufgaben zur Stärkung der sozialen Marktwirtschaft**

#### **A. Problem**

Privatisierungen als Daueraufgabe, insbesondere bei der Deutschen Post AG, der Deutschen Telekom AG und im Verkehrswesen; Schaffung von Rahmenbedingungen, die den fairen Wettbewerb mit privatisierten Unternehmen ermöglichen; Entgegenwirkung von Verstaatlichungstendenzen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/7735 abzulehnen.

Berlin, den 24. September 2008

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Edelgard Bulmahn**  
Vorsitzende

**Dr. Georg Nüßlein**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein

### I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/7735** wurde in der 148. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. März 2008 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie dem Innenausschuss, dem Finanzausschuss, dem Haushaltsausschuss und dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Antrag stellende Fraktion der FDP sieht die Privatisierung öffentlicher Aufgaben als eine ordnungspolitische Daueraufgabe an, wobei der Erfolg von Privatisierungen wesentlich von der Förderung wettbewerblicher Strukturen abhängt. Privatisierungen würden erhebliche Effizienzgewinne ermöglichen und somit wichtiger Bestandteil einer entlastenden Steuer- und Haushaltspolitik, einer gerechten Sozialpolitik, einer marktnahen Verbraucherschutzpolitik und einer mittelstandsorientierten Wirtschaftspolitik sein, denn nicht nur die Finanzausstattung öffentlicher Aufgaben wirke oft wettbewerbsverzerrend.

Die Bundesregierung wird unter anderem aufgefordert, sich für eine stetige Privatisierungspolitik einzusetzen und den Erwerb von Anteilen an privatwirtschaftlichen Unternehmen mit Haushaltsmitteln zu verbieten. Zudem seien per Gesetz Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen fairen Wettbewerb mit privatisierten Unternehmen zulassen. Insbesondere müsse die Veräußerung der verbleibenden öffentlichen Anteile der Deutschen Telekom AG und der Deutschen Post AG weiter vorangetrieben sowie die Privatisierung der Deutschen Bahn AG bis zum Ende der Legislaturperiode abgeschlossen werden. Ebenso sei die Privatisierung aller noch ausstehenden Flughafenbeteiligungen voranzutreiben und die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung abzuschließen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 16/7735 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in 75. Sitzung am 24. September 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 95. Sitzung am 18. Juni 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 66. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 82. Sitzung am 18. Juni 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 16/7735 in seiner 69. Sitzung am 24. September 2008 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/7735 zu empfehlen.

Berlin, den 24. September 2008

**Dr. Georg Nüßlein**  
Berichtersteller

